

# Der Ausstieg kann erspart werden

Aus der Atomenergie auszusteigen, erfordert keine neuen Staumauern. Unnötig ist auch die Verwässerung des Natur- und Landschaftsschutzes. Denn ein Grossteil des Atomstroms lässt sich einsparen. – Eine Analyse.

HANSPETER GUGGENBÜHL

**BERN.** Der Stromverbrauch in der Schweiz steigt. Das zeigt das Szenario «Weiter wie bisher» des Bundesamtes für Energie (BfE). Das Angebot an Strom hingegen schrumpft ab 2020 (siehe Grafik), nachdem der Bundesrat den Atomausstieg angekündigt hat. Dazwischen wächst die sogenannte Stromlücke: Bis zum Jahr 2050 vergrössert sie sich auf 48 Milliarden Kilowattstunden (kWh). Die zentrale Frage lautet: Wie stopfen wir diese Lücke?

## Die Lückenbüsser

Das leere Feld zwischen Nachfrage und Angebot, so erkannten Lobbyisten vom Baugewerbe bis zur «Cleantech»-Branche, bietet Raum zur Expansion. Das illustrieren Dutzende von Motionen, die der Nationalrat nach dem Atom-GAU in Japan behandelte. Im Zentrum standen Forderungen, die neue Bauten oder Anlagen erfordern, viel Natur und Subventionen kosten, aber relativ wenig Atomstrom ersetzen. Zwei Beispiele:

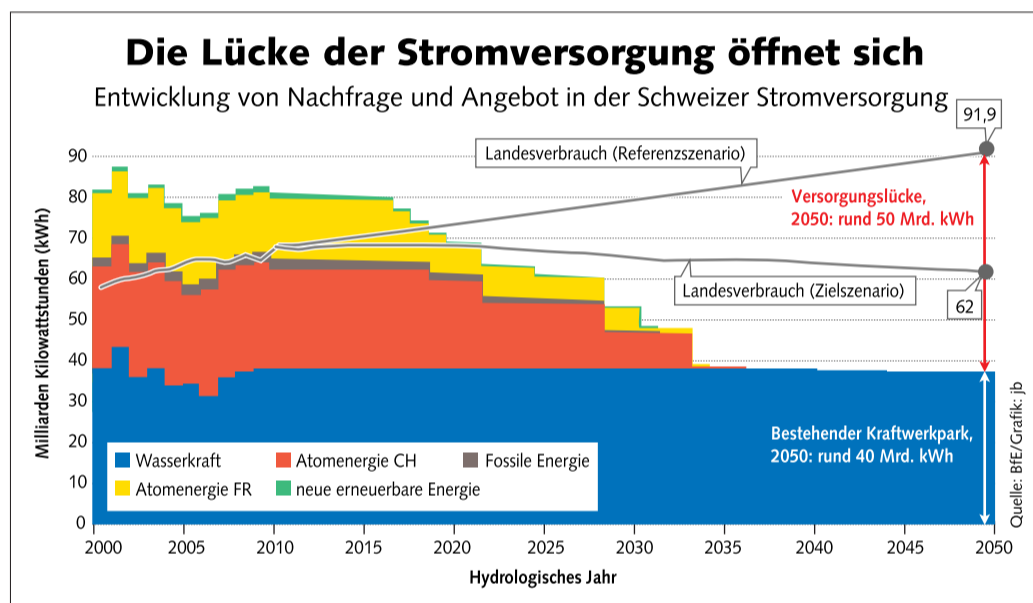
● Mit forcierter Nutzung der schon weitgehend ausgebeuteten Wasserkraft wollen Bundes- und Nationalrat die Stromproduktion bis 2050 um vier bis fünf Milliarden kWh pro Jahr erhöhen. Möglich ist dies nur, wenn weitere Wasserkraftwerke gebaut, Schutzgebiete nicht verschont und Restwasservorschriften verwässert werden. Das zeigt eine Potenzialschätzung des BfE. Trotzdem vermag die neue Offensive gegen den Gewässer-, Natur- und Landschaftsschutz nur einen kleinen Teil des Atomstroms zu ersetzen.

● Mit zwei Motionen beauftragt der Nationalrat die Regierung, den Deckel der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) zu beseitigen, um so mehr Geld in die Quersubventionierung von Biomasse-, Wind-, Solar- und kleinen Wasserkraftwerken zu pumpen. Damit erfüllt er eine alte Forderung sowohl der Solarlobby als auch der grünen Parteien. Doch die verstärkte Nutzung der unvorhersehbar anfallenden Wind- und Solarkraft kann die Stromversorgung nur sichern, wenn sie mit ebenso teuren wie umstrittenen Netzausbauten und Reservekraftwerken gekoppelt wird.



**Strommasten im Mittland:** Gefragt ist eine konsequente Effizienzstrategie.

Bild: ky/Gaëtan Bally



Die hydrologische und solare «Anbauschlacht» belebt die öffentliche Debatte. Dies etwa mit der Idee, die geschützte Greina-Hochebene in einem Stausee zu ertränken. Oder mit dem fragwürdigen Argument, wer gegen Atomkraftwerke sei, dürfe den Höherstau des Grimselsees nicht bekämpfen, obwohl dieser weniger als ein Promille des heutigen Atomstroms ersetzen könnte. Wirkungsvoller und umweltscho-

nender ist es, den Verbrauch zu senken. Das zeigt das BfE-Szenario «Neue Energiepolitik». Damit liesse sich die angekündigte Stromlücke in der Schweiz halbieren: Statt 48 müsste die Schweiz im Jahr 2050 nur noch 24 Milliarden kWh Strom zusätzlich produzieren oder importieren – und könnte nebenbei auch den übrigen Energieverbrauch und den CO<sub>2</sub>-Ausstoss deutlich vermindern.

Die Herausforderung, die der Atomausstieg stellt, würde damit zu einer leichter lösbaren Aufgabe.

## Eine Effizienzstrategie

Um dieses Alternativszenario umzusetzen, braucht es nicht primär neue Kraftwerke und Subventionen, sondern eine konsequente Effizienzstrategie. Dazu gehört die Einführung einer Energie-Lenkungsabgabe, die alle nicht er-

neuerbaren Energieträger stark verteuert. Diese Abgabe, die der Nationalrat letzte Woche aber ablehnte, regt nicht nur zum Sparen an. Sie verbessert gleichzeitig die Konkurrenzfähigkeit von energetischen Sanierungen oder alternativen Kraftwerken und verringert damit den Subventionsbedarf. Weiter erfordert dieses Szenario Verbrauchsvorschriften für Anlagen, Motoren und Geräte, die sich an der besten verfügbaren Technik orientieren. Dies fordert auch die gegen den Willen des Bundesrates überwiesene Motion von FDP-Nationalrat Ruedi Noser (ZH).

Würde dieses Effizienzscenario ergänzt durch den Verzicht auf fragwürdige Energiefresser, wäre seine Wirkung noch grösser. Kleines Beispiel: Ein Verbot von Heizpumpen zur Erwärmung der Ausenluft erspart subventionierte Klein-Wasserkraftwerke, die der Natur Wasser abgraben.

## Wachstum als Schlüsselfaktor

Bleibt die Frage, warum der Stromverbrauch steigt, obwohl selbst das Szenario «Weiter wie bisher» eine Steigerung der Energieeffizienz voraussetzt. Die Antwort liefert die «Rahmenentwicklung», die allen Szenarien zugrunde liegt. Demnach soll die Schweizer Bevölkerung bis 2050 um 25 Prozent, die Wohnfläche um 38 und die Wirtschaft um 50 Prozent wachsen.

Die Erfahrung lehrt: Billige Energie förderte das Wachstum der Wirtschaft. Und die wachsende Wirtschaft wiederum steigert den Energie- und Naturverbrauch. Fraglich aber ist, ob diese Entwicklung sich unverändert fortsetzen wird. Denn die Verknappung und Verteuerung von Strom und Erdöl, die durch periodische Finanz- und Wirtschaftskrisen nur vorübergehend entschärft werden, dürften das Wirtschaftswachstum bremsen. Weniger Wachstum wiederum vermindert – zusätzlich zur «Neuen Energiepolitik» – auch den Strom- und den Naturverbrauch.

Diese ökonomischen und ökologischen Rückkopplungs-Effekte lassen die Energieszenarien des BfE ausser Acht. Das ist ein Fehler. Denn wer die Energiezukunft plant, muss den Blick auf die Wirtschaft insgesamt ausweiten.

## Schweizer Jihadist starb in Irak

**BERN.** Ein junger Moslem aus Biel, der 2005 verschwunden war, dürfte im Irak-Krieg ums Leben gekommen sein. Der damalige Inlandnachrichtendienst DAP erfuhr bereits im Sommer 2007 vom wahrscheinlichen Tod des islamistischen Kämpfers. Jürg Bühler, ehemals DAP-Direktor und heute Vizechef des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB), bestätigte dies gegenüber der «Sonntags-Zeitung». Es handle sich um einen «absoluten Einzelfall», teilte das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) auf Anfrage mit. Bis heute sei nicht bekannt, dass weitere islamistische Kämpfer aus der Schweiz in Kampfgebieten ums Leben gekommen seien. Der Mann aus Biel war im August 2005 vorübergehend und im September desselben Jahres endgültig aus seiner Wohngemeinde verschwunden.

Seine Familie hatte Befürchtungen geäussert, dass sich der Mann dem Jihad in Irak anschliessen könnte. Der DAP habe ihn, «so weit es möglich war», beobachtet, aber keine rechtliche Möglichkeit gesehen, ihn an seinem Vorhaben zu hindern, schreibt das VBS. Strafrechtlich relevante Verdachtsmomente lagen demnach nicht vor. (sda)

## SVP erholt sich, FDP verliert weiter

**BERN.** Hätten die nationalen Wahlen vom kommenden Herbst bereits Mitte Juni stattgefunden, wäre die SVP klar als stärkste Partei hervorgegangen. FDP und CVP verlieren weiter. Die Grünliberalen hingegen sind im Aufwind. Im jüngsten Politbarometer von Isonpublic kommt die SVP auf einen Wähleranteil von 28,7 Prozent. Damit erreicht die Partei schon fast den Rekordwert der Wahlen im Jahr 2007. Damals hatte die SVP einen Wähleranteil von 28,9 Prozent. Den Wind im Rücken haben auch die Grünliberalen: Sie erreichen im Politbarometer einen Wähleranteil von 8,0 Prozent. Bei der letzten Wahlumfrage Ende März kamen sie auf 6,1 Prozent. Die FDP hingegen scheint sich mit aktuellen 13,9 Wählerprozenten im freien Fall zu befinden. 2007 kamen die inzwischen fusionierten Parteien FDP und Liberale zusammen auf noch 17,7 Prozent. Auch die CVP büsst im Vergleich zu den letzten Wahlen Stimmen ein und kommt noch auf 13,2 Prozent (2007: 14,5%). (sda)

## Das Militär um Millionen betrogen

**BERN.** Im März suspendierte Verteidigungsminister Ueli Maurer einen Kadermann. Doch erst jetzt wird das tatsächliche Ausmass des Betrugsfalls klar. Gemäss Recherchen der «NZZ am Sonntag» rechnet das VBS mit einem Deliktbetrag von mindestens 10 bis 15 Mio. Franken. In diesem Umfang sollen VBS-Angestellte und Militärsoldaten missbräuchlich Gelder aus der Erwerbsersatz-Kasse (EO) abgezweigt haben. (red.)

## SBB und Bund prüfen Rausschmiss von Hooligans

*Die SBB und die Bundesbehörden haben genug von alkoholisierten Fussballfans. Zur Diskussion stehen ein Alkoholverbot, Alkoholtests, ein Glasflaschenverbot und sogar ein Rausschmiss aus dem Zug auf offener Strecke.*

**BERN.** «So wie heute kann es nicht weitergehen», sagte Peter Füglistaler, Chef des Bundesamts für Verkehr (BAV), in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag». Im Vorfeld eines auf Ende Juni angesetzten Spitzentreffens zwischen Vertretern des BAV und der SBB bekräftigt er die Entschlossenheit, etwas gegen die Hooligans zu tun.

### Auf offenem Feld anhalten

Es könne nicht Aufgabe des öffentlichen Verkehrs sein, randalierende und betrunkene Fans um jeden Preis zu transportieren.

Deshalb werde geprüft, ob die Transportpflicht in solchen Fällen aufgehoben werden könne. Füglistaler kann sich durchaus vorstellen, dass ein betroffener Zug auf offenem Feld anhält und die Randalierer kurzerhand rausgeworfen werden. «Wenn die Polizei auf der Strasse einen Kleinbus mit randalierenden Fans sieht, zieht sie ihn auch aus dem Verkehr. Wieso soll das beim öffentlichen Verkehr anders sein?», Das BAV als Aufsichtsbehörde müsse den Bahnen helfen. Die Sicherheit des Bahnbetriebs und der anderen Fahrgäste stehe an oberster Stelle.

### Schäden in Millionenhöhe

Auch der Bundesrat stellt den Schutz der Bahnkunden vor die Interessen der Fussballvereine, wie er in einer Antwort auf Fragen aus dem Parlament festhielt. Randalierende Fussballfans verursachen in den Zügen jährlich Schäden in Millionenhöhe. (sda)

## Uran-Anlage: Axpo-Vertreter müssen draussen bleiben

*Vertretern der AKW-Betreiberin Axpo bleibt es verwehrt, die Uran-Aufbereitungsanlage im russischen Mayak zu besuchen. Offizieller Grund: Die Anlage befindet sich in militärischem Sperrgebiet.*

**ZÜRICH.** Mehrere Schweizer Atomkraftwerke arbeiten mit Brennstäben, deren Uran teilweise in den russischen Anlagen von Mayak und Sewersk aufbereitet wird. Dies wird von Umweltschutzorganisationen seit Jahren kritisiert. Die Region um die Anlage in Mayak ist gemäss Greenpeace sehr stark radioaktiv verstrahlt.

### Kurzfristig abgesagt

Wie die Axpo Holding AG gestern mitteilte, musste der geplante Besuch von Axpo-Vertretern in Mayak kurzfristig abgesagt wer-

den. Der staatliche russische Energiekonzern Rosatom habe bekannt gegeben, dass ein Besuch der Anlage nicht möglich sei, weil sich diese in militärischem Sperrgebiet befinde. Mitglieder der Axpo-Konzernleitung sowie des Axpo-Verwaltungsrates, unter ihnen der Zürcher Regierungsrat Markus Kägi (SVP) und der Ausernhoder Regierungsrat Jakob Brunnschweiler (FDP), wollten Ende Juni die Anlage besichtigen und mit den Firmenvertretern Gespräche führen.

### «Sehr verärgert»

Noch bis vor wenigen Tagen seien die Vorbereitungen wie geplant verlaufen, dann aber sei die Absage gekommen, teilte die Axpo weiter mit. «Über diese kurzfristige Absage sind wir sehr verärgert», liess sich Robert Lombardini, Präsident des Verwaltungsrates der Axpo Holding, in der Mitteilung zitieren.

## Antisemitismus: Über 130 Vorfälle

**BERN.** Letztes Jahr sind in der Schweiz 138 antisemitische Vorfälle registriert worden, 104 davon in der Romandie, 34 in der Deutschschweiz und in der italienischsprachigen Schweiz. Die Diskrepanz dürfte auf unterschiedliche Erfassungsmethoden zurückzuführen sein. Bei den 104 in der Westschweiz registrierten Vorkommnissen handelt es sich grösstenteils um Fälle im Internet. Im gleichen Zeitraum wurden von den Meldestellen der Deutschschweiz (Schweizerischen Israelitischen Gemeindebundes und Stiftung gegen Rassismus) dagegen nur fünf Fälle von Antisemitismus im Internet verzeichnet. Diese niedrigere Zahl habe damit zu tun, dass in der Deutschschweiz im Gegensatz zur Romandie das Internet nicht aktiv nach antisemitischen Äusserungen durchsucht werde. (sda)

Anzeige

Qualität ohne Kompromisse

Waschmaschinen Tumbler

**WYSS MIRELLA**  
Tel. 041 933 00 74  
6233 Büren